



Ortsverband Fürth - Neustadt Aisch - Bad Windsheim

**Herzliche Einladung zur  
Kundgebung am Freitag, den 14.09.2018  
um 19.30 Uhr  
vor der Stadthalle in Fürth, kleiner Saal.**

- Für bezahlbare Wohnungen für alle !**
- Keine Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen**
- für die Verabschiedung einer Erhaltungssatzung für Fürth !**

Am 14.09.2018 um 20.00 Uhr findet im kleinen Saal der Fürther Stadthalle eine Veranstaltung statt, in der es auch um Wohnungsnot gehen soll. Teilnehmer sind u.a. Herr Michael Peter, der Chef von P & P, sowie der Fürther Oberbürgermeister Thomas Jung.

Doch was ist der Sinn dieser Veranstaltung, wenn die Stadt nicht da, wo sie es könnte, gegen die Wohnungsnot handelt?

Beispielsweise werden auch in Fürth Wohnhäuser von großen Immobilien-Investoren gekauft, die dann Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln lassen, um diese Eigentumswohnungen mit großem Gewinn weiterzuverkaufen. Es geht hierbei um ganz erhebliche Gewinnspannen.

Für die bisherigen Mieterinnen und Mieter besteht die große Gefahr, dass sie sich eine Eigentumswohnung nicht leisten können und dann von den Käufern der Eigentumswohnung wegen Eigenbedarfs gekündigt werden.

Auch wird immer wieder von Mieterhöhungen, Schikanen und Verdrängung der bisherigen Mieter nach einem Verkauf an Immobilien-Investoren berichtet. Denn der Gewinn ist größer, wenn leere Wohnungen verkauft werden können.

Im Ergebnis heizt dieses Vorgehen der Immobilien-Investoren den Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen massiv an.

Dies zusätzlich zu den ohnehin massiven Mieterhöhungen um 23 % in zwei Jahren, wie im letzten Fürther Mietenspiegel festgestellt wurde. Und was theoretisch eigentlich gar nicht sein hätte können, da die sog. Kappungsgrenze in Fürth Mieterhöhungen auf 15 % in drei Jahren gesetzlich festschreibt.

Die großen privaten Immobilieninvestoren kommen von sich aus keinen sozialen Verpflichtungen nach, sie fühlen sich nur einem guten Gewinn verpflichtet; außer ab und an symbolische Spenden, die dann auch noch hochgejubelt werden und in keinem Verhältnis zu den erzielten Gewinnen stehen.

Also muss die Politik handeln. Schließlich sind wir eine Demokratie. *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.* - Das legt das Grundgesetz, die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, in Artikel 14 fest.

Wir Linke fordern für Fürth seit Langem eine Erhaltungssatzung, die es ermöglichen würde eine Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen zumindest sehr zu erschweren, am besten zu untersagen.

Der Ablauf, wie er in der Öffentlichkeit dargestellt wird, ist immer der Gleiche:

Es wird in der Öffentlichkeit von „heruntergekommenen Häusern“ gesprochen, die - zumindest teilweise - renoviert werden müssen. Die Stadt bedankt sich bei den Immobilien-Investoren im Anschluss dafür, dass sie ein wenig renoviert haben.

Vielleicht versuchen sie auch noch die Kosten der Instandhaltung als Modernisierung darzustellen und damit auf die MieterInnen umzulegen.

Die Stadt Fürth muss sich ohne Verunglimpfung der Ärmsten auch endlich einmal auf die Seite der ärmeren Bevölkerung stellen anstelle in erster Linie den Immobilien-Investoren lukrative Geschäfte auf Kosten der Mieterinnen und Mieter zu ermöglichen.

Es muss jetzt etwas passieren - es gibt in Fürth Wohnungsnot, für zu Viele fehlt bezahlbarer Wohnraum!

Wir wollen den Erhalt bezahlbarer Wohnungen !

Lange genug wurden nun zu gute Geschäfte gemacht !

Für eine Erhaltungssatzung !